



Budget für Arbeit erfolgreich gestalten

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (BAG WfbM) zur Umsetzung des Budgets für Arbeit in den Bundesländern

- 5 Mit dem Budget für Arbeit möchte der Gesetzgeber für Menschen mit Behinderung, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen haben, eine weitere Beschäftigungsalternative schaffen. Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer Werkstatt haben Menschen mit Behinderung, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem
- 10 allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, die aber in der Lage sind, ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen. Diese nun bundesweit eingeführte Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben ist bereits in einigen Bundesländern unter der Bezeichnung „Budget für Arbeit“ erfolgreich erprobt worden.

- 15 Die BAG WfbM begrüßt die Einführung des bundesweiten Budgets für Arbeit als Alternative zur Beschäftigung in einer Werkstatt ausdrücklich. Das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung muss handlungsleitend sein.

- Jetzt muss das Augenmerk darauf liegen, das Budget für Arbeit in den Ländern erfolgreich umzusetzen. Erfahrungen mit bisherigen Budgets für Arbeit aus den Bundesländern zeigen, dass vor allem die finanzielle Ausstattung des Minderleistungsausgleichs
- 20 sowie die Art und Höhe der Unterstützungsleistung entscheidend für den Erfolg des Budgets für Arbeit sind.

Zielgruppen

Das Budget für Arbeit hat insbesondere drei Zielgruppen:

1. Werkstattbeschäftigte, die die Werkstatt verlassen wollen.
- 25 2. Jugendliche mit Behinderungen, die im Rahmen ihrer beruflichen Orientierung für die Zeit nach ihrer beruflichen Bildung ein Budget für Arbeit in Erwägung ziehen.
3. Menschen mit einer psychischen Behinderung, die bereits heute dem Grunde nach anspruchsberechtigt sind, aber nicht in der Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten wollen und deswegen keine Leistungen in Anspruch nehmen.¹

30 Zuständigkeit und Ausgestaltung

- Das Budget für Arbeit umfasst einen Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber, um die Leistungsminderung des Menschen mit Behinderung auszugleichen. Darüber hinaus sichert das Budget ebenfalls die Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz. Zuständig sind die Träger der Eingliederungshilfe. An den Leistungen können sich auch die Integrationsämter im Rah-
- 35

¹ Gesetzesbegründung auf Bundestagsdrucksache 18/9522, S. 255



men der begleitenden Hilfen im Arbeitsleben beteiligen. Hierzu wurde der Leistungskatalog der Integrationsämter in § 185 Absatz 3 SGB IX um eine Nummer 6 ergänzt. Eine Verpflichtung des Leistungsträgers, Leistungen zur Beschäftigung bei privaten oder öffentlichen Arbeitgebern zu ermöglichen, besteht indes nicht.

40 Der an den Arbeitgeber gerichtete Lohnkostenzuschuss ist in § 61 Absatz 2 SGB IX gesetzlich näher definiert. Er kann bis zu 75 Prozent des gezahlten Arbeitsentgeltes betragen. Dabei darf eine Obergrenze von 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße in der Sozialversicherung nach § 18 Absatz 1 SGB IV nicht überschritten werden. Eine Abweichung nach oben ist jedoch per Landesrecht möglich.

45 Die Aufwendungen für die Anleitung am Arbeitsplatz sind nach Art und Umfang nicht näher definiert. In § 61 Absatz 2 SGB IX heißt es aber ausdrücklich, dass die jeweiligen Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz zu übernehmen sind.

Begleitung auskömmlich und im Sinne der Menschen mit Behinderung sinnvoll gestalten

50

Während sich bei der Höhe des Lohnkostenzuschusses sinnvolle bundeslandspezifische Regelungen abzeichnen, die sich am Lohngefüge des allgemeinen Arbeitsmarktes orientieren, werden bei der Ausgestaltung der Begleitung am Arbeitsplatz sehr kontroverse Standpunkte vertreten.

55 Es ist die Tendenz erkennbar, dass einige Länder die Begleitung der Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz als vorrangige Aufgabe der Integrationsfachdienste sehen. Sie wollen ausschließen, dass insbesondere Träger von Werkstätten bei der Begleitung von Menschen mit Behinderung in Erscheinung treten.

60 Eine solche Engführung ist problematisch, denn dies kann negative Auswirkungen auf den Menschen mit Behinderungen haben. Der Bruch jahrelang gewachsener Vertrauensverhältnisse und Unterstützungsarrangements kann einen erfolgreichen Übergang des Menschen mit Behinderungen von der Werkstatt in ein Budget für Arbeit gefährden.

65 Eine Engführung auf einige wenige Akteure bei der Begleitung lässt sich jedoch weder sachlich aus dem Gesetz ableiten, noch fachlich begründen.

Ein grundsätzlicher Ausschluss einzelner Leistungserbringer bei der Begleitung im Budget für Arbeit ist rechtswidrig. Er läuft einerseits dem Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung zuwider, andererseits entspricht er nicht der Intention des Gesetzgebers.

70 Im Sinne des Gesetzgebers ist die Begleitung anhand qualitativer Standards und Vorgaben zu normieren, so dass grundsätzlich mehrere Akteure für die Begleitung in Frage kommen.



Erfahrung der Werkstattträger dauerhaft einbeziehen

75 Bei Inanspruchnahme des Budgets für Arbeit bleibt die volle Erwerbsminderung bestehen. Es ist davon auszugehen, dass der Mensch mit Behinderungen weiterhin eine dauerhafte Unterstützungsleistung benötigt. Nach vollzogenem Übergang in ein Budget für Arbeit ist daher die kontinuierliche Begleitung des Menschen am Arbeitsplatz sicherzustellen.

80 Hier können die Werkstattträger ihre Expertise – in Form eines von der Werkstattleistung unabhängigen, neu zu verhandelnden Leistungstyps – einbringen. Erfahrungen mit bereits bestehenden Budgets für Arbeit zeigen, dass eine kontinuierliche und einheitliche Begleitung für den nachhaltigen Erfolg des Budgets für Arbeit sehr wichtig ist.

85 Für Menschen mit Behinderungen, die bereits heute anspruchsberechtigt für das Budget für Arbeit sind, aber bisher keine Werkstattleistungen in Anspruch nehmen, ist der Leistungsträger nicht verpflichtet, ein Budget für Arbeit zu ermöglichen. Das bedeutet, dass er anspruchsberechtigte Menschen nicht dabei unterstützen muss, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden. Es bleibt daher offen, wie es ohne Unterstützung gelingen kann, eine Arbeitsstelle zu finden. Werkstattträger können – wiederum in einem gesonderten, von der Werkstattleistung unabhängigen Leistungstyp – mit ihren
90 Erfahrungen und Netzwerken zu örtlichen Arbeitgebern eine Schlüsselrolle spielen, wenn es um die Anbahnung von Budgets für Arbeit für diese Personengruppe geht, und somit zum Erfolg beitragen.

Wunsch und Wahlrecht umsetzen

95 Grundsätzlich gilt auch bei der Frage der Begleitung im Budget für Arbeit das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderungen. Wenn Menschen mit Behinderungen sich entscheiden, den Schritt in ein Budget für Arbeit zu machen, und dabei auf die jahrelange Vertrauensbasis bereits bekannter Jobcoaches zurückgreifen möchten, muss dem Rechnung getragen werden.

100 Die BAG WfbM spricht sich daher dafür aus, die Unterstützungsleistung im Budget für Arbeit nicht einseitig und theoretisch zu normieren. Vielmehr müssen für eine erfolgreiche Umsetzung des Budgets für Arbeit flexible und auf den Einzelfall passgenaue Unterstützungsarrangements möglich sein. Das bedeutet, dass auch und gerade Werkstattträger mit ihrem Erfahrungsschatz bei der Umsetzung und Begleitung des Budgets für Arbeit berücksichtigt werden müssen.